



Gute Arbeit und gerechte Bezahlung für Menschen mit Beeinträchtigung

Das sagt die Bundesvereinigung Lebenshilfe



Gute Arbeit und gerechte Bezahlung für Menschen mit Beeinträchtigung

Wie kann Arbeit für Menschen mit Beeinträchtigung besser werden?

Wie können Menschen mit Beeinträchtigung gerechter bezahlt werden?

Darüber hat die Lebenshilfe 1 Jahr gesprochen.

Viele Menschen aus der Lebenshilfe waren dabei:

- Menschen mit Beeinträchtigung,
- Menschen ohne Beeinträchtigung,
- Fach-Leute
- und Ehrenamtliche.

Die Ergebnisse hat die Lebenshilfe aufgeschrieben.

In diesem Text können Sie lesen:

Was die Lebenshilfe genau zum Thema Arbeit fordert.

Auch die Politik redet gerade viel über das Thema Arbeit.

Es gibt wichtige Regeln zur Arbeit.

Die stehen in der **UN-Behinderten-Rechts-Konvention**.

Sie heißt kurz: UN-BRK.

UN ist die Kurz-Form für Vereinte Nationen.

Die Vereinten Nationen sind die Versammlung von allen Ländern auf der Welt.

Diese Länder machen manchmal Verträge miteinander.

Die Verträge nennen sie: Konvention.

Das spricht man so: Kon-wen-zion.

In der UN-BRK steht:



Impressum

Herausgeber

Bundesvereinigung Lebenshilfe e. V.

Raiffeisenstraße 18

35043 Marburg

Tel. 06421 491-0, Fax 06421 491-167

E-Mail: bundesvereinigung@lebenshilfe.de

Internet: www.lebenshilfe.de

Übersetzung in Leichte Sprache:

Prof. Dr. Jeanne Nicklas-Faust, Nina Krüger

Geprüft durch die Prüfergruppe der Bundesvereinigung Lebenshilfe e. V.

Gestaltung: Marion Schwoch

Titelfoto: © Bundesvereinigung Lebenshilfe e. V., David Maurer

Grafiken: © Bundesvereinigung Lebenshilfe e. V., Reinhild Kassing

Stand Oktober 2022

Jeder Mensch hat ein Recht auf Arbeit.

Auch Menschen mit Beeinträchtigung sollen ihre Arbeit wählen können.

Sie sollen entscheiden können: wo und was sie arbeiten.

Zum Beispiel:

Ob sie mit Menschen ohne Beeinträchtigung zusammen in einer Firma arbeiten wollen.

Oder in einer Werkstatt für Menschen mit Behinderung.

Menschen mit Beeinträchtigung müssen genug Geld mit ihrer Arbeit verdienen können.

Damit sie von dem Geld leben können.

Das Problem:

Bisher arbeiten nur wenige Menschen mit

Beeinträchtigung auf dem **allgemeinen Arbeits-Markt.**

Dort arbeiten bedeutet:

Jemand arbeitet in einer Firma oder einem Betrieb.

Er hat einen **Arbeits-Vertrag.**

Und bekommt **Lohn** für seine Arbeit.



Menschen mit Lernschwierigkeiten haben es auf dem allgemeinen Arbeits-Markt schwer.

Sie arbeiten daher oft in einer

Werkstatt für behinderte Menschen.

Das nennt man kurz: WfbM.

Wer sehr viel Unterstützung braucht, besucht häufig Tages-Förder-Stätten.

Menschen werden dort betreut.

Aber: Sie bekommen dort **keine** Ausbildung.

Und **kein** Geld.

Sie können **nicht** beim Arbeits-Leben dabei sein.

Wer in einer Werkstatt arbeitet, bekommt ein Entgelt.

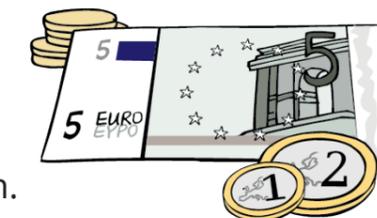
Das ist **kein** Lohn oder Gehalt.

Das Entgelt besteht:

- aus einem Grund-Betrag
- und einem Betrag für die Arbeits-Leistung.

Das ist zu wenig.

Von dem Geld aus der Werkstatt kann man **nicht** leben.



Das alles muss sich ändern.

Darum hat die Lebenshilfe **Ziele für die Zukunft** aufgeschrieben.

Das sind die Forderungen der Lebenshilfe an die Politik:

Die **UN-BRK** muss in Deutschland gelten.

In Zukunft soll es in Deutschland einen

Arbeits-Markt für alle Menschen geben

Alle Menschen sollen mit ihrer Arbeit

genug Geld zum Leben verdienen.

Die Lebenshilfe will,

dass die Politik deshalb bald das Gesetz ändert.

Darum hat die Lebenshilfe aufgeschrieben,

was sich genau ändern muss.

Der Arbeits-Markt soll inklusiv werden.

Das heißt:

Jeder Mensch mit Beeinträchtigung soll selbst entscheiden, wo er arbeiten möchte.

Und wo er seine Unterstützung bekommt.

Zum Beispiel auf dem allgemeinen Arbeits-Markt.

Oder in einer Werkstatt.

Egal, wie viel Unterstützung er braucht.

Menschen mit Beeinträchtigung sollen bei der Arbeit die gleichen Rechte haben,

wie Menschen ohne Beeinträchtigung.

So steht es auch in der UN-Konvention.



1. Unterstützung bei der Arbeit

Viele Menschen mit Beeinträchtigung brauchen

Unterstützung bei der Arbeit.

Diese Unterstützung müssen sie überall bekommen.

In der Werkstatt und bei anderen Arbeits-Plätzen.

Die Unterstützung muss es also auch außerhalb einer Werkstatt geben.

Und die Unterstützung muss ausreichend sein.

Damit alle Menschen gut arbeiten können.



2. Arbeits-Rechte

Viele Menschen mit Beeinträchtigung arbeiten in Werkstätten.

Sie brauchen Unterstützung bei der Arbeit.

Und schaffen manchmal weniger als Menschen auf dem allgemeinen Arbeits-Markt.

Oder sie brauchen mehr Zeit.

Trotzdem sollen sie die gleichen Rechte beim Arbeiten haben wie alle anderen auch.

Alle sollen die gleichen Arbeits-Rechte haben.

3. Arbeits-Plätze

Menschen mit Lern-Schwierigkeiten brauchen oft viel Unterstützung bei der Arbeit.

Für sie ist es deshalb schwer, eine Arbeit zu finden.

Und die Arbeit dann zu behalten.

Deswegen sollen Werkstätten auch in Zukunft genug Arbeits-Plätze für Menschen mit Beeinträchtigung anbieten.

Damit sie **nicht** arbeitslos werden.

Das könnte passieren,

wenn sie **keinen** Arbeits-Platz auf dem allgemeinen Arbeits-Markt finden.



4. Menschen, die viel Unterstützung brauchen

Einige Menschen mit Beeinträchtigung brauchen sehr viel Unterstützung.

Bisher können sie deshalb nicht beim Arbeits-Leben dabei sein.

Das muss sich ändern.

Denn alle Menschen haben ein Recht auf Arbeit.

5. Werkstätten sind wichtig

Werkstätten wissen:

Wie sie gute Arbeits-Plätze schaffen.

Und wie sie Menschen mit Beeinträchtigung gut unterstützen.

Das machen Werkstätten zum Beispiel:

- Sie bieten unterstützte Arbeits-Plätze an.
- Sie unterstützen bei der Arbeit.
- Sie helfen Menschen, wieder zu arbeiten. Oder besser zu arbeiten.
- Sie machen Bildungs-Angebote.
- Sie machen Freizeit-Angebote.



Die Lebenshilfe sagt:

Das Wissen der Werkstätten ist auch in Zukunft wichtig.

Die Lebenshilfe sagt auch:

Die Werkstätten müssen sich verändern:

Sie sollen Unterstützung für alle anbieten.

Und ihr Wissen teilen.

6. Bildung und Ausbildung besser machen

Viele Menschen mit Beeinträchtigung haben **keine** gute Ausbildung.

Das muss sich ändern.

Damit Menschen mit Beeinträchtigung einfacher auf dem allgemeinen Arbeits-Markt arbeiten können.

Die Ausbildung kann auch direkt am Arbeits-Platz sein.

Außerdem muss es gute Weiter-Bildungen für alle geben.

Auch die Berufs-Schulen müssen sich ändern.

Damit hier Schüler mit und ohne Beeinträchtigung gemeinsam lernen können.



7. Mehr Arbeits-Plätze für Menschen mit Beeinträchtigung

Es gibt zu wenig Arbeits-Plätze für Menschen mit Beeinträchtigung

auf dem allgemeinen Arbeits-Markt.

Darum sollen alle Betriebe mehr Arbeits-Plätze für Menschen mit Beeinträchtigung schaffen.

Schon jetzt gilt:

Größere Arbeit-Geber müssen auch Menschen mit Beeinträchtigung anstellen.

Wenn sie zu wenig Menschen mit Beeinträchtigung anstellen, müssen die Betriebe schon jetzt eine Strafe zahlen.

Betriebe sollen in Zukunft mehr Strafe bezahlen, wenn sie **keine** Menschen mit Beeinträchtigung als Mitarbeiter haben.

Betriebe sollen auch Arbeits-Plätze für Menschen schaffen, die in Werkstätten arbeiten.

Vor allem Städte und Bundes-Länder sollen mehr Arbeits-Plätze für Menschen mit Beeinträchtigung anbieten.

Auch die Lebenshilfen müssen mehr Arbeits-Plätze schaffen.

Die Arbeits-Plätze sollen nicht in der Werkstatt sein.



8. Genug Geld zum Leben

Viele Menschen mit Beeinträchtigung arbeiten in Werkstätten.

Sie bekommen dort ein Entgelt.

Das Entgelt reicht aber **nicht** zum Leben.

Deshalb bekommen sie oft noch Grund-Sicherung.

Das ist Geld vom Staat.

Menschen mit Beeinträchtigung sollen **nicht** immer auf Grund-Sicherung angewiesen sein.

Die Lebenshilfe fordert:

Menschen mit Beeinträchtigung sollen genug Geld verdienen.

Damit sie **keine** Grund-Sicherung mehr brauchen.



9. Genug Geld im Alter

Viele ältere Menschen mit Beeinträchtigung bekommen in Deutschland genug Rente.

Die Lebenshilfe fordert:

Das muss auch so bleiben.

Damit Menschen mit Beeinträchtigung im Alter nicht in Armut leben.

Und Geld vom Staat bekommen müssen.

Geld in Werkstätten

Viele Menschen mit Beeinträchtigung arbeiten in Werkstätten.

Von dem Geld aus der Werkstatt können sie aber **nicht** leben.

Viele bekommen deshalb noch Geld vom Staat.

Das soll sich ändern.

Dafür gibt es 4 verschiedene Vorschläge:

1. Basis-Geld

Einige Menschen können nur wenige Stunden am Tag arbeiten.

Zum Beispiel:

Weil sie krank sind oder eine Beeinträchtigung haben.

Dazu sagt man auch: Jemand hat eine **Erwerbs-Minderung**.

Wer in Werkstätten arbeitet,

hat eine volle Erwerbs-Minderung.

Werkstatt-Räte Deutschland macht sich stark für Beschäftigte in der Werkstatt.

Werkstatt-Räte Deutschland schlägt vor:

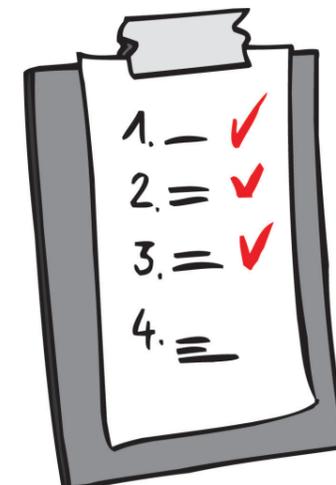
Alle Menschen mit voller Erwerbs-Minderung bekommen Basis-Geld.

Egal wo und ob sie arbeiten.

Das Basis-Geld sollen **1 Tausend 400 Hundert 46 Euro im Monat** sein.

Dazu kommen zum Beispiel noch:

- das Geld aus der Werkstatt,
- Weihnachts-Geld und
- Urlaubs-Geld.
- Für manche Menschen gibt es dazu auch noch Geld für Assistenz.



Einige Menschen mit Beeinträchtigung bekommen Erwerbs-Minderungs-Rente. Die bekommen sie, weil sie wegen einer Krankheit oder Beeinträchtigung **nicht** oder nur ein bisschen arbeiten können. Diese Rente soll vom Basis-Geld abgezogen werden.

Der Rat behinderter Menschen der Lebenshilfe findet das Basis-Geld gut.

Die Lebenshilfe findet den Vorschlag auch gut.

Die Lebenshilfe sagt aber:

Es gibt noch Fragen zur Höhe vom Basis-Geld.

Der Vorschlag ist teuer.

Außerdem müssen für das Basis-Geld viele neue Regeln gemacht werden.



2. Mindest-Lohn

Ab Oktober 2022 gilt in Deutschland:

Wer auf dem allgemeinen Arbeits-Markt arbeitet, bekommt 12 Euro Mindest-Lohn pro Stunde.

Die Forderung ist:

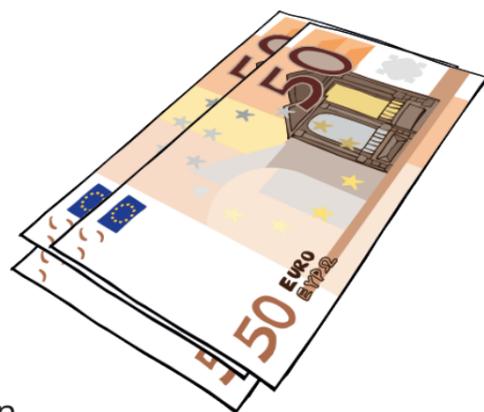
Wer arbeitet,

soll Mindest-Lohn bekommen.

Auch in der Werkstatt.

Einige Menschen mit Beeinträchtigung bekommen schon jetzt Mindest-Lohn:

Wenn sie mit dem Budget für Arbeit auf dem allgemeinen Arbeits-Markt arbeiten.



Budget spricht man so: Büdschee.

Durch das Budget für Arbeit gibt es einen Zuschuss zum Lohn.

Den gibt es,

wenn ein Mensch mit Beeinträchtigung **nicht** so viel arbeiten kann.

Damit alle Menschen mit Beeinträchtigung Mindest-Lohn bekommen, müssen alle einen Zuschuss zum Lohn bekommen.

Die Lebenshilfe findet den Vorschlag gut.

Aber es gibt Probleme:

Es müssen viele neue Regeln gemacht werden.

Und der Vorschlag ist teuer.

3. Bedingtes Grund-Einkommen

Viele Menschen mit Beeinträchtigung brauchen Unterstützung bei der Arbeit.

Diese Menschen sollen statt Lohn oder Rente ein Grund-Einkommen bekommen.

Von diesem Grund-Einkommen können sie leben.

Es heißt: Bedingtes Grund-Einkommen.

Denn es gibt eine Bedingung:

Das Geld ist nur für Menschen,

die Unterstützung bei der Arbeit brauchen.

Das Bedingte Grund-Einkommen soll etwas mehr sein als die Grund-Sicherung.

Die Grund-Sicherung ist Geld zum Leben vom Staat.

Wer das Bedingte Grund-Einkommen bekommt, braucht **keine** Grund-Sicherung mehr.

Wenn ein Mensch das Bedingte Grund-Einkommen bekommt, ist es egal, **wo** er arbeitet.



Er kann in der Werkstatt arbeiten oder auf dem allgemeinen Arbeits-Markt.
 Es ist auch egal, wieviel ein Mensch arbeiten kann.
 Wenn Menschen wegen einer Beeinträchtigung weniger arbeiten können,
 soll das Geld auch bei einer Teilzeit-Arbeit ganz gezahlt werden.
 Das Bedingte Grund-Einkommen soll es auch für Menschen
 im Renten-Alter geben.

Die Lebenshilfe findet den Vorschlag
 zum Bedingten Grund-Einkommen gut.
 Aber es gibt Probleme:
 Es müssen viele neue Regeln gemacht werden.
 Und der Vorschlag ist teuer.



4. Mehr Arbeits-Förderungs-Geld

Arbeits-Förderungs-Geld bekommen viele Menschen,
 die in einer Werkstatt arbeiten.
 Das **Arbeits-Förderungs-Geld** heißt kurz auch: AFöG.
 Zurzeit liegt es bei 52 Euro im Monat.
 Der Vorschlag ist:
 Das AFöG soll erhöht werden.

Viele Menschen mit Beeinträchtigung in der Werkstatt
 bekommen auch Grund-Sicherung.
 Die Grund-Sicherung ist Geld vom Staat.
 Das Geld reicht nur für die nötigsten Sachen.



Ein Teil vom Werkstatt-Lohn wird Menschen mit Grund-Sicherung abgezogen.
 Das soll sich ändern:
 Der Werkstatt-Lohn soll gar nicht mehr auf
 die Grund-Sicherung angerechnet werden.
 So hätten Werkstatt-Beschäftigte mehr Geld.

Die Lebenshilfe sagt:
 Dieser Vorschlag reicht **nicht** aus.
 Werkstatt-Beschäftigte wären immer noch
 abhängig von der Grund-Sicherung.
 Und sie hätten **keine** besseren Möglichkeiten,
 auf dem allgemeinen Arbeits-Markt zu arbeiten.
 Auch Menschen, die viel Unterstützung brauchen,
 haben durch den Vorschlag **keine** Vorteile.



Bundesvereinigung Lebenshilfe e.V.
Raiffeisenstraße 18
35043 Marburg
Tel. 06421 491-0, Fax 06421 491-167

Hermann-Blankenstein-Straße 30
10249 Berlin
Tel. 030 206411-0, Fax 030 206411-204

bundesvereinigung@lebenshilfe.de
www.lebenshilfe.de

